



Ukraine - ergänzende Informationen

Bild: Langer Versorgungszug der russischen Armee irgendwo in der Ukraine. Die Kolonne kommt offensichtlich nicht vorwärts. (Bild MAXAR)

Gotthard Frick, SUMMARUM

Bisher habe ich weder auf SRF gesehen noch in unseren Medien gelesen, wie die USA ab 1991, ab dem Zusammenbruch der UdSSR, bis ca. 2017 die Opposition in der Ukraine aufbauten und finanzierten. Hier folgt deshalb diese Vorgeschichte. Das Russland reagierte, kann man dann verstehen, auch wenn man mit der Art der Reaktion nicht einverstanden ist.

Laut der Stv. US Aussenministerin Victoria Nuland, die für die Ukraine zuständig war, wurde diese von den USA mit 5 Mrd. \$ (5 Milliarden !!!) beim «Aufbau der Demokratie» unterstützt.

So erhielten 70 Organisation (im Internet einschliesslich der hohen Beträge einsehbar) und zahlreiche Personen sehr grosszügige Beträge.

Geld erhielten laut Nuland: « diejenigen hohe Regierungsmitglieder, Wirtschaftsführer sowie Oppositionelle in der zivilen Gesellschaft., die mit den ZIELEN DER USA IN DER UKRAINE EINVERSTANDEN SIND». Victoria Nuland, unterstützt durch Catherine Ashton, EU Aussenbeauftragte, und mehrere andere bedeutende US Amerikaner vor Ort, also in Kiew, versuchten, die an Ressourcen so reiche Ukraine ins westliche Lager zu ziehen.

Mit ihrer Unterstützung wurde die Opposition aufgebaut, die den Umsturz von Ende 2013 auslöste und während des Aufstandes durch eine Rede des mächtigen US Senators John McCain unterstützt wurde, der am 15. Dezember 2013 auf dem Maidan der Opposition zurief „AMERIKA STEHT AUF EURER SEITE“ («America stands with you!»).

Eine Ungeheuerlichkeit in einem souveränen Staat!

Am 4. Februar 2014 sagte Nuland dem US Botschafter in Kiew, Geoffrey R.Pratt,telefonisch, Arsenij Jazenjuk müsse Premierminister der Ukraine werden. Er wurde dann bald wegen der chaotischen Umstände auf **nicht** verfassungsmässigen Weg ernannt und trat sein Amt am 27.02.2014 an. Damit war der Umsturz abgeschlossen, worauf erst am selben Tag russische Truppen die Grenze zur Krim überschritten. (Das Telefon war abgehört und veröffentlicht worden. Die USA

11. Jahrgang. Basel 5. März 2022

stellten die Echtheit des Gesprächs nicht in Frage, aber machten Russland für das Abhören verantwortlich).

Zu dieser Zeit waren mehrere mächtige US Politiker und nach eigenen Angaben (im Internet verfügbar) der heutige Präsident Joe Biden, damals noch US Vizepräsident, bis 2017 12-13 mal in der Ukraine. Sein Sohn Hunter Biden wurde mit einem Monatsgehalt von 50'000 \$, mit mehreren anderen einflussreichen US Politikern in den Verwaltungsrat, der BURISMA HOLDINGS, des grössten privaten Gaskonzerns der Ukraine aufgenommen. Er trat erst 2019 zurück. (2013 hatte ihn die US Marine wegen Kokain- und Alkoholproblemen entlassen.

Er wurde dann Verwaltungsratspräsident und Aufsichtsrat mehrerer Firmen und staatlicher Organisationen, darunter des US Ablegers des Welternährungsprogramms der UNO. 2020 wurde bekannt, dass gegen ihn eine Untersuchung wegen Steuervergehen im Jahr 2018 im Ausland im Gange war.)

Vielsagen ist auch, dass die US Marine 2017 begonnen hat, den Hafen von Ochakiv in der Ukraine für ihre Kriegsschiffe auszubauen. Seine Anlagen waren für die meisten der USA zu klein. Der neue Hafen erhält auch 2 höchst modern ausgestattete Operationszentren, von wo aus die US Flotte bei Einsätze gesteuert werden kann.

Gegenwärtig haben unsere Medien gegen Putin Stellung bezogen.

Das ist allerdings soweit verständlich, als die Auslösung eines Krieges nicht akzeptiert werden darf. Aber das Bild Putins in den Medien ist beleidigend. Dabei ist wieder die Vorgeschichte zu berücksichtigen.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR war Russland am Boden, wie der Bundesrat zu Recht im Sicherheitspolitischen Bericht SIPOL B 2016 schrieb: «Nach dem Kalten Krieg haben die russischen Streitkräfte einen beispiellosen Niedergang erlebt».

Aber die russische Führung, von Gorbatschow bis und mit Putin, rüstete nicht auf. Warum nicht? Weil sie eine Partnerschaft mit Westeuropa aufbauen wollte. Gorbatschow sprach «Von unserem gemeinsamen Haus Europa». Sein Nachfolger Boris Jelzin wollte das ebenfalls, aber auch Putin.

In einem längeren BBC «Interview with Frost» vom 3. März 2000 sagte Putin:

«Russland ist Teil der europäischen Kultur. Und ich kann mir mein eigenes Land nicht von Europa und was wir die zivilisierte Welt nennen, isoliert vorstellen. So ist es für mich schwer, die NATO als Feind zu sehen. ... Wir sind für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, für eine Partnerschaft. Er sah sogar die Möglichkeit eines NATO-Beitritts.

Aber verletzend wurde Russland vom Westen unter Führung der USA, immer noch der Machtpolitik der vergangenen tausenden von Jahren mit ihren Kriegen verpflichtet, abgewiesen. Stattdessen wurden zwischen 1999 und 2009 Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Albanien, Kroatien und 2017 noch Montenegro in die NATO aufgenommen, die militärisch immer näher an Russlands Grenzen rückte.

Putin sagte schon an der NATO-Gipfelkonferenz von 2007 «Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks (an unseren Grenzen), ... als eine direkte Bedrohung unseres Landes». In den Folgejahren forderte er immer wieder das Zurücknehmen der immer noch näher heranrückenden west-

11. Jahrgang. Basel 5. März 2022

lichen militärischen Bedrohung. Vergeblich. Er wurde nicht ernst genommen. Jetzt erleben wir die Folgen.

Was bei uns auch nicht bekannt ist: Diese Politik beurteilten bedeutende US Politiker als verheerend. So hielt sie 1997 der international hoch geachtete US Diplomat George F. Kennan für den « verhängnisvollsten Fehler der amerikanischen Politik nach der Aera des Kalten Krieges». Und mit einem Brief vom 26. Juni 1997 an Präsident Clinton nannte dies eine Gruppe von 40 bedeutenden US Persönlichkeiten, darunter z.B. der ehemalige Verteidigungsminister und ex Weltbankpräsident, Robert McNamara, «einen politischen Irrtum historischen Ausmasses». Sie hatten die heutigen Folgen wohl vorausgesehen.

Was wir heute auch nicht wissen: 2013 wollte die Ukraine mit der EU ein Assoziierungsabkommen abschliessen und *gleichzeitig* der von Russland gegründeten Zollunion beitreten, wofür es mit Russland schon einen Vorvertrag abgeschlossen hatte.

Aber am 23.02.2013 stellte der Präsident der EU, Manuel Barroso den Präsidenten der Ukraine, Wiktor Janukowitsch vor ein Ultimatum:

«Die Ukraine müsse sich für die EU oder Russland entscheiden».

Der Aussenhandel der Ukraine hatte damals mit beiden den gleichen Umfang.

Dazu kommt, dass Barroso und Angela Merkel im November 2013 beschlossen, dass Assoziierungsabkommen doch noch nicht zu unterzeichnen.

Nach all dem verschob auch der Präsident der Ukraine seine Unterschrift, was die vom Westen aufgebaute Opposition zum Umsturz von Ende 2013 provozierte.

All das müssten wir bei unserer Beurteilung der gegenwärtigen Reaktion Russlands berücksichtigen. Dann wird auch ersichtlich, warum die USA für die gegenwärtige Krise verantwortlich sind. Wenn man das weiss und einen groben Überblick über die Geschichte der Ukraine hat, kann man verstehen, dass Russland empört war. D.h. nicht, dass man jetzt den Krieg beklatscht.

Aber man muss sich auch daran erinnern, dass Putin schon in den Jahren vorher immer gefordert hatte, die dauernd näher heranrückende militärische Bedrohung durch die USA/NATO an seiner Grenze zurückzunehmen. Aber er wurde nicht ernst genommen.

Gotthard Frick Business administrator & economist, Dipl. "Sciences Po" & Sorbonne, Paris.
Militärfachmann, Russland und China.

Birsigstr. 13, 4103 Bottmingen/Switzerland, Tel. +41 (0)61 421 87 26, [only when no answer: +41 (0) 79 27 99 146] gotthard.frick@bluewin.ch